



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Susann Biedefeld, Martina Fehner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Nata-scha Kohnen, Kathi Petersen, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Horst Arnold, Volkmar Halbleib** und Fraktion (SPD)

Maßnahmen zur Förderung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene für die folgenden Maßnahmen und Ziele zur Bekämpfung des Gender Pay Gap und damit der Förderung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern einzusetzen:

- eine Gesetzesinitiative, die betriebliche und tariflichen Akteurinnen und Akteure zur gerechten Bezahlung verpflichtet,
- die Transparenz über betriebliche Entgeltfindungssysteme,
- die Sichtbarkeit strukturell bedingter Antidiskriminierung,
- Verfahren und Sanktionen, damit die zuständigen Akteure ihren Rechtspflichten nachkommen,
- eine Reform der Minijobs, die eine Niedriglohn-Falle für viele Frauen darstellen,
- die entgeltliche Aufwertung der klassisch frauen-dominierten Berufe,
- sowie eine Erhöhung der Tarifbindung.

Begründung:

Am 18. März wurde am Equal Pay Day zum elften Mal gegen die immer noch existierende Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, den Gender Pay Gap, protestiert. Frauen verdienen in Deutschland unverändert weit weniger als Männer. Mit dem Gender Pay

Gap wird vom Statistischen Bundesamt jedes Jahr die geschlechtsspezifische Lohnlücke beim Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen berechnet, der immer noch bei 21 Prozent liegt. In Bayern ist die Lohnlücke mit 25 Prozent sogar noch höher als im Bundesdurchschnitt.

Verantwortlich dafür sind die Beschäftigungsstrukturen mit einem großen Angebot an gut bezahlten Männerjobs, die von Frauen seltener gewählt werden. Die detaillierteren Zahlen aus der Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die die starken regionalen Unterschiede bei der Entgeltungleichheit aufzeigen, sind alarmierend: Je nach Region reicht der Pay Gap von 38 bis minus 17 Prozent. Bayerische Regionen sind hier traurige Spitzenreiter: Am größten ist die Lohnlücke zugunsten der Männer in Dingolfing mit 38,4 Prozent gefolgt von Ingolstadt mit 36,9 Prozent und Erlangen mit 32,4 Prozent. Gründe für die dramatischen Unterschiede liegen in der speziellen industriestarken Arbeitsplatz-Struktur dieser Wirtschaftsregionen. Eine Spezialisierung auf bestimmte Fachbereiche kommt Männern nach den aktuellen Ergebnissen weit mehr zugute als Frauen.

Die Studie, die nur die Daten von Sozialversicherungspflichtigen, die Vollzeit arbeiten zur Grundlage hat, zeigt erneut auf, dass Frauen bei der Bezahlung gegenüber Männern grundsätzlich benachteiligt sind. Die extremen regionalen Unterschiede verschärfen diese Ungleichheit für viele Frauen noch.

Das in der Regel lebenslang geringere Einkommen von Frauen hat zwei weitere Gaps zur Folge: eine deutlich höhere Armutsrisikoquote und merklich geringere Rentenansprüche von Frauen. Besonders alleinerziehende Frauen sind viel häufiger vom Armutsrisiko betroffen als Männer. Auch bei den Renten ist der Unterschied gewaltig: Frauen erhalten in Deutschland im Durchschnitt nur knapp 53 Prozent der Renteneinkommen der Männer.

Mit dem Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen wurde für Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten zwar ein erster wichtiger Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit gemacht. Die aktuellen Zahlen zeigen jedoch, dass es weitere umfassende Maßnahmen braucht, um die Lohnlücken zu schließen. Frauen haben am Arbeitsmarkt immer noch schlechtere Karten. Die Staatsregierung muss endlich effektivere Maßnahmen gegen den Gender Pay Gap schaffen!